

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 7 (1927-1928)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Prosa gnädig als „wundervoll“ zensierte) Schriftstellerei „ergebnislos geblieben“, Meyer aber „doppelt in sich selbst erstickt“. Mit der großartigen Geste des Alleswissenden wirft Borchardt solche Verdammungssprüche hin, die mit den übeln „Revisionen“ der „Literarischen Welt“ irgendwie in Zusammenhang stehen. Begreiflich, diese Hünen an Können und Kraft immerfort vor sich zu sehen, verstimmt. Also räumt man mit ihnen auf und fegt die Bahn frei „for unsere Zeit“.

Nun, jedem Tierchen sein Pläsierchen und jedem Anthologisten seine Ablehnungen. Es fehlt im Inhaltsverzeichnis noch ein ganzes Schärlein erlauchter Namen, mit deren Trägern zusammen draußen zu stehen, sich gar nicht übel anläßt: Hebbel, Liliencron, Storm beispielsweise. Die Vorliebe für Schiller, für Herder und Rückert stimmen wieder versöhnlich. Aber es ist doch fraglich, ob die reichlich herangezogene ältere Literatur, in der Borchardt auch das Muster zu dem absonderlichen Titel aufgestöbert hat, den Ausfall des dichterischen 19. Jahrhunderts ersetzen kann.

Nimmt man des Herausgebers anspruchvolle Richtergebärde weiter nicht ernst und das Buch als das, was es allein sein kann: eine Blütenlese neben (nicht über) all den andern, dann bleibt in ihm, selbst im Nachwort trotz seiner paradox schillernden schiefen Urteile eine Fülle von Anregungen zu ernten und zu loben.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Betrachtung anläßlich des 5. März. — Im Spiegel des Auslandes.

„Durch die vielveränderten Modifikationen großer Staatskrisen kann jede Nation, so gerecht, so friedsam sie sey, in Augenblicken, da sie es am wenigsten vermuthet, aufgerufen werden, vor Europa zu zeigen, wer sie ist. Wie dann, wenn sie schläft!“

Diese Worte richtete Johannes Müller im Jahre 1786 von Mainz aus in der Zuschrift des ersten Bandes seiner „Geschichten schweizerischer Eidgenossenschaft“ an seine schweizerischen Landsleute. Zwölf Jahre später wurde die Schweiz aufgerufen, vor Europa zu zeigen, wer sie sei, und sie zeigte sich ihm als überaltertes, durch ausländische Dienste und Einflüsse in den Grundvoraussetzungen untergrabenes, zu keiner einheitlichen Entschlußfassung fähiges Staatswesen, das beim ersten energischen Zugreifen des Auslandes, mit wenigen Ausnahmen, ruhm- und ehrlos zusammenbrach. Trotz der vielfachen Schwärmerei, deren Gegenstand die vermeintliche oder wirkliche Vortrefflichkeit und Vorbildlichkeit der Schweizer Freiheit, der Schweizer Sitten und Einrichtungen in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in halb Europa waren (man ziehe die aufschlußreiche Schrift Eduard Ziehens über „die deutsche Schweizerbegeisterung in den Jahren 1750—1815“, Diesterweg, Frankfurt 1922, zum Vergleich heran), konnte dem kritischen Zeitgenossen, der gefühlsvolle Schwärmerei und bewußtes Idealisierungsstreben von der nüchternen Wirklichkeit zu unterscheiden mußte, das Ereignis kaum allzu unerwartet kommen. „In langem Frieden — hatte Müller weiter in seiner Zuschrift zum ersten Bande ausgeführt — wird nach und nach das Große in der Politik aus den Augen verloren, die Grundfesten der Verfassungen altern; der Väter Weisheit geht aus Mißverständnis in Vorurtheile

über. . . Wie, wenn ein Volk, das gewisse Sitten und Grundsätze nicht vernachlässigen dürfte ohne augenscheinliche Gefahr, Verfassung, Freiheit, Sicherheit, Ruhm und Wohlstand, seine Existenz, unwiederbringlich zu verlieren, diese allgemeine Angelegenheit nie gemeinsam betrachtete — wenn seine Versammlungen uninteressante Formalitäten wären; wenn die wesentlichsten Pläne vor Alter unbrauchbar würden, ehe man sich nur über dieselben erklärt. . . Ihr, o Eidgenossen, seht wohl noch nicht so. Wie aber, daß große Dinge liegen bleiben, welche euren Vorältern schon im dreißigjährigen Kriege, schon im Anbeginn der Gewalt Ludwigs des Vierzehnten wesentlich schienen? Worauf wartet ihr mit Wiederbelebung der Bünde? mit Opfern dafür?“

Das war denn auch für Johannes Müller Beweggrund und Ziel seiner Geschichten schweizerischer Eidgenossenschaft gewesen, seinem Volke und insbesondere dessen Führern die eigene Vergangenheit lebendig vor Augen zu stellen, damit sie sich für Gegenwart und Zukunft ein Vorbild daran nehmen könnten. „Die Historie ist ein Spiegel der Wahrheit, welcher die vorigen Zeiten darstellt, wie sie waren, damit unser Zeitalter sorgfältiger wache. . . Zu Euch, Väter des Volkes, Hochgeachtete Herren, Bürgermeister, Schultheißen, Landammann, und Räte der dreizehn Orte unserer Eidgenossenschaft, zu Euch meine Rede. . . Nicht euer Geschichtschreiber, der Geist eurer Altvordern, auf deren Stühlen ihr sitzt, er ist's, welcher zu Befestigung ihrer Eidgenossenschaft eine unversöhnliche Fehde wider Selbstsucht und Staatsvergeßlichkeit von eurem Verstand und von eurem Edelmuth fordert, heißt, gebietet, erwartet.“ Und in der Vorrede zum dritten Band hatte es einige Jahre später noch geheißen: „Was ist ein Staat und jeder Mensch, der nicht weiß, ob er besser oder schlimmer wird, vergißt, was er war, und nicht überlegt, was ihm bevorsteht. . . Die Frucht guter historischer Kenntnisse ist uns vom Vaterland um so nöthiger, da es in einer besonderen und schweren Lage ist. Wir stehen in solchen Verhältnissen, daß Neutralität unsere erste Klugheitsregel scheint, und wir doch zu allem bereit sehn müssen. Wir wünschen das einzige, zu bleiben wie wir sind: wenn wir uns dabei nicht behaupten können, so bleiben wir es nicht länger als andern gefällt. Wir wollen uns in keine fremden Sachen mischen, thun auch wohl daran, allein obon wir die Augen zuthun, sehen die andern uns doch.“

Aber auch Johannes Müller vermochte das über die alte Eidgenossenschaft hereinbrechende Verhängnis nicht aufzuhalten. Die „Väter des Volkes“, die „hochgeachteten Herren, Bürgermeister, Schultheißen, Landammann und Räte“ blieben taub für seine Warnrufe. Er selbst stellte seine politische Kraft in den Dienst ausländischer Fürsten. Auch war er darin ein Kind seiner Zeit und seiner Zeitgenossen von der Helvetischen Gesellschaft, daß er nicht an der gottgewollten Ordnung des Hergebrachten rütteln wollte. Er meinte, wie er es ebenfalls in der Vorrede zum dritten Bande ausgesprochen hatte, von einer bloßen Wiederbelebung der Tugend und Erneuerung des Geistes die notwendige Besserung der staatlichen und politischen Zustände erwarten zu können: „Die Formen der Schweizerischen Freiheit und Verfassung sind von solcher Beschaffenheit, daß erhebliche Neuerungen so unnöthig scheinen, als gefährlich sie jetzt wären. Aber ihre Wiederbelebung durch die Tugenden und Grundsätze, wodurch sie gestiftet und behauptet worden, ist keine Neuerung, sondern eine Erneuerung ihres Geistes, wodurch sie auf Jahrhunderte erhalten werden können.“

Drängt sich da nicht unwillkürlich ein Vergleich mit der Gegenwart auf? Ist nicht auch die Weisheit unserer heutigen „Väter des Volkes“, unserer hochgeachteten Herren Bundes-, National-, Stände-, Regierungs-, Kantons- und anderen Räte „aus Mißverständnis in Vorurtheil“ übergegangen? Haben nicht auch sie „in langem Frieden nach und nach das Große aus den Augen verloren?“ Sind nicht auch ihre Versammlungen zu „uninteressanten Formalitäten“ geworden? Und sind nicht auch sie von der Vorzüglichkeit ihrer Regierungskunst so überzeugt und von der Anhänglichkeit an ihre Sessel und Posten so erfüllt, daß sie alle Warnrufe glauben überhören zu können und, um überragende Köpfe und die gärende Kraft des jungen Geschlechts von ihrem Kreis fern zu halten, den Zugang zu ihren Ämtern möglichst verschlungen und langwierig gestalten?

Dürer hat in seinen „Neuzeitlichen Wandlungen in der schweizerischen Politik“ in erster Linie das Volk dafür verantwortlich gemacht, daß es keine übertragenden Führergestalten mehr besitze, weil es nämlich keine solchen wolle und über sich dulde. Das Volk, die Regierten, wären also verantwortlich dafür? Ist denn aber nicht jede Neuwahl vorwiegend nur eine Selbstergänzung der Regierenden unter sich (das Parteikomitee, die an der Macht Befindlichen stellen ja die Kandidatenliste auf), zu der „das Volk“ bei der sog. Wahlhandlung nicht viel mehr als Ja und Amen zu sagen hat? — Und begegnen wir andererseits nicht auf Schritt und Tritt demselben „helvetischen“ Geist, der zwar die Schwächen und Unzulänglichkeiten der gegenwärtigen Verhältnisse mit edlem Eifer erforcht und in unermüdlischen Erörterungen abhandelt, der aber vor jedem Entschluß, vor dem unmittelbaren Eingriff in das bestehende Hergebrachte zurückschreckt, weil „erhebliche Neuerungen so unnötig scheinen, als gefährlich jetzt wären“. Man denke „gefährlich“! Der brave Bürger tut doch nichts, was „gefährlich“ sein könnte, was gar Streit und Kampf hervorrufen würde. Ist seine erste Pflicht doch die Erhaltung von Ruhe und Frieden. Wer anderer Meinung ist, ist ein Friedensstörer oder gar Vaterlandsfeind. In Wahrheit drückt man sich damit bloß um bestehende Schwierigkeiten herum, weil man die notwendige Opferfreudigkeit nicht aufbringt und seine tägliche Bequemlichkeit einer „unversöhnlichen Fehde wider Selbstsucht und Staatsvergeßlichkeit“ vorzieht. Und das vaterländische Gewissen ist schon beruhigt, wenn man sich wieder einmal gegenseitig in ergreifenden Tönen seine vaterländische Gesinnung bestätigt und von seinem versöhnlichen Geist Zeugnis abgelegt hat. Die ernstesten, brennendsten Fragen der Zeit werden so Tag für Tag, Jahr für Jahr hinausgeschoben, bis dann einmal vielleicht auch unsere Nation, „so gerecht, so friedsam sie sei, in einem Augenblick, da sie es am wenigsten vermuthet, (wieder) aufgerufen wird, vor Europa zu zeigen wer sie ist“. In den Tagen und Stunden der Gefahr und der Erregung läßt sich dann aber nicht nachholen, was in den Jahren und Jahrzehnten einer ruhigen Zeit verjäumt worden ist. Auch die Heldentaten Einzelner, wie derer von Neuenegg und Grauholz, vermögen dann den Zusammenbruch des Ganzen nicht mehr aufzuhalten. Dessen sollten wir füglich bei der 130. Wiederkehr des Falls Berns, der gleichbedeutend war mit dem Fall der ganzen alten Eidgenossenschaft, eingedenk sein.

* * *

„Obschon wir die Augen zuthun, sehen die andern uns doch!“ Wenn unsere gesamte Presse, wenn unsere ganze Öffentlichkeit in hundert Kundgebungen die Meinung vertreten würde, die Schweizer seien ein Volk, das auf den Händen laufe, so ließe sich doch kein außerhalb unserer Grenzen stehender Beobachter dadurch täuschen, daß wir, wie alle andern, auf den Füßen gehen. Man beurteilt Menschen und Völker nicht nach dem was sie sagen, sondern was sie tun. So könnten wir uns dem Ausland ausgeben als ein Volk und Staatswesen ohne Fehl und Tadel. Haben wir aber wirklich Fehler und Schwächen, dann kann das Ausland diese trotzdem an der Art unseres Tuns und Handelns ablesen. Also selbst wenn wir aus innerer Schwäche die Augen vor unserem wirklichen Zustand verschließen wollten, die andern würden ihn doch sehen. Je sicherer wir uns daher in unserem gegenwärtigen Zustand fühlen, desto weniger haben wir ein Urteil des Auslandes über uns zu scheuen und desto lieber werden wir in den Spiegel blicken, den dieses uns vorhält. Es sind ja leider an sich der Gleichgültigen genug, denen wir nichts bedeuten, und die über uns weder etwas zu sagen wissen noch wünschen. Manche dagegen sagen uns gerne ein paar Liebenswürdigkeiten, zum Dank etwa für angenehm und bei guter Verpflegung in unserm Land verbrachte Ferienwochen. Viele andere überhäufen uns mit Schmeicheleien, in der richtigen Erkenntnis, daß Leute in kleinen Verhältnissen für solche besonders empfänglich sind und daß man nachher um so leichter von ihnen haben kann, was man von ihnen haben will. Andere wiederum sehen sehr wohl hinter der schön verputzten Fassade die Risse in den Mauern und die morschen Balken, aber hüten sich, die Bewohner des Hauses darauf aufmerksam zu machen, in der Hoffnung, daß bei dem einmal zu erwartenden Haus-

einsturz ihnen dann von selbst der längst ersehnte Teil des Baugrundes zufalle. Am seltensten aber sind die, die uns uneigennützig den Spiegel vorhalten.

Mehr als einmal seit dem Ende ihrer Großmachtspolitik ist die Schweiz bestimmten Zeitaltern und bestimmten Völkern als nachahmenswertes Vorbild erschienen oder hingestellt worden. Am ausgesprochensten dem deutschen Kulturkreis im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, als dieser daran ging, die geistige und politische Vorherrschaft Frankreichs in Europa zu brechen. Ihren klassischsten Ausdruck hat diese „Sendung“ der Schweiz in Schillers Tell gefunden, in welchem die, vom Gesichtspunkt der nationalen Einzwangung aus geschilderte Entstehung der Eidgenossenschaft dem unter französischer Fremdherrschaft schmachtenden deutschen Volk als nachahmenswertes Vorbild hingestellt wird. Umgekehrt ist allerdings aus diesem idealisierten Spiegelbild des Auslandes dem Schweizervolk selbst ein Jahrhundert lang vaterländische Kraft und Begeisterung geflossen, und es hat so jene fruchtbare Wechselwirkung, jenes Geben und Nehmen zwischen den verschiedenen Gliedern des gesamtdeutschen Kultur- und Sprachreiches bestanden (auch Schillers Tell ist ohne Johannes Müllers Schweizergeschichte nicht denkbar), die immer das Kennzeichen derjenigen Zeitabschnitte war, in denen unser Land eine schöpferische Sendung erfüllte.

Die Schweiz hat aber zu andern Zeiten auch andere ausländische Beurteilungen erfahren. In Zeiten, wo es in Europa um große und letzte Entscheidungen ging, wie etwa im dreißigjährigen Krieg, ist ihr Abseitsstehen, ihre Zuschauerrolle, ihre Neutralität, den kämpfenden Parteien als Unentschiedenheit, Gefinnungslosigkeit, ja Feigheit erschienen. In Zeiten wiederum, wo ein in Gärung begriffenes, nach neuer Form und Gestaltung ringendes Europa nach geistiger Führerschaft rief, hat die Schweiz den Eindruck ungeistiger Enge und politischer Zurückgebliebenheit erweckt. In solchem Spiegel erscheint sie denn auch in dem eben viel gelesenen und noch mehr geschmähten Buch des Deutschbalten Hermann Rejserling, „Das Spektrum Europas“.*) Wir können uns nicht entschließen, einfach in die allgemeine Beurteilung dieses Buches einzustimmen, denn so viele Unzulänglichkeiten, um nicht zu sagen Un-erträglichkeiten, es in seinem der Schweiz gewidmeten Kapitel enthält, so viel Anlaß mag es uns Schweizern doch zur Selbsteinkehr geben. Gerade wenn wir nur mit Schimpfen darauf zu antworten wissen, wie das in unserer — ja längst mehr ihrem Umfang, als ihrer geistigen Höhe nach — großen Presse der Fall ist, laufen wir Gefahr, nur die Richtigkeit mancher der Rejserling'schen Ausführungen zu bestätigen, nach dem Sprichwort: „Wenn's den Hund trifft, so heult er.“ Gewiß sagt Rejserling aus einer fühlbaren Gereiztheit unserm Land gegenüber genug des Törichtigen und Läppischen. Auch sollte man nicht, wenn man selbst Geschmacks haben will, über Fragen des Geschmacks, wie etwa darüber, ob das Schweizerdeutsch an sich schön oder „fürchterlich“ sei, streiten. Für uns klingt es schön. Und wenn es anderen Ohren das nicht tut, so ist damit weder über die ästhetischen noch moralischen Eigenschaften unseres Volkes etwas ausgesagt. Und wenn schließlich Rejserling den Deutschen im allgemeinen und den Schweizern im besonderen ihr Schulmeistertum vorhält, so wollen wir uns damit als mit einer wohl kaum wegzuleugnenden Tatsache abfinden, aber gleichzeitig feststellen, daß Herr Rejserling, auch wenn er sonst nicht manche deutsche Eigenschaft besitzen mag, so dann doch sicherlich diese des Schulmeistertums, die auch dadurch keineswegs liebenswürdiger gemacht wird, daß sie in Verbindung mit etwas reichlich viel Selbstschätzung auftritt. Trotzdem aber verrät derjenige, der sich nun nur auf diese allzu offensichtlichen Schwächen des Buches stürzt und sich nicht sachlich mit seinem sachlichen Inhalt auseinanderzusetzen vermag, gerade diejenige innere Schwäche und Unsicherheit, von der in dem Kapitel über die Schweiz die Rede ist.

„Meiner Natur nach — schreibt Rejserling in der Einleitung — sehe ich das Einzelne im Zusammenhang des Ganzen, in das es hineingehört. So betrachte ich die einzelnen Völker in diesem Buch vom Standpunkt Europas aus. . . Ich schreibe vollkommen unbefangen, doch nicht voraussetzungslos. Eine solche

*) Verlag Niels Kampmann, Heidelberg.

Voraussetzung ist mir natürlich auch ein bestimmtes Entwicklungsziel. Dieses ist ein besseres Europa, von edleren Völkern bewohnt. . . Voraussetzung ist mir aber auch die Einheit des heutigen Europa. Darum der Titel.“ Das Schlußkapitel ist dann diesem „einheitlichen“ Europa der Gegenwart und Zukunft gewidmet, über dessen Entstehung, Abgrenzung und Berufung die folgenden Sätze unterrichten: „Europa entsteht, weil das allen Europäern Gemeinsame angesichts des naherückten und übermächtigen nichteuropäischen Menschentums an Bedeutung gewinnt gegenüber dem, was sie trennt. . . Der Europäer entsteht aus dem Unterschiedsbewußtsein gegenüber Ost und West. . . Europa steht mit allem, was an ihm Wert ist, in ebensolchem Gegensatz zu Rußland wie zu Amerika. . . Unter allen Umständen rückt Amerika unaufhaltbar von Europa ab. . . Rußland wird auch dann asiatisch bleiben, wenn das heute dort herrschende „Tier“ wieder einmal dem „Gotte“ einen Platz eingeräumt hat. Seine europäische Periode ist um. . . Europas Sinn liegt in seinem Individualismus. . . Nur dann kann es den Akzent auf das Qualitative legen. . . Also bedeutet jede Akzentlegung auf Sozialismus, Demokratie und Prosperität im Fall Europas ein Akzentlegen auf seine minderwertige Funktion.“

Was für eine Rolle bleibt der Schweiz in einem solchen Europa, wie es Kennerling hier mehr als Wunsch, denn als Wirklichkeit sieht, vorbehalten? „Die Schweizer fühlen sich nicht allein nach wie vor als Land und Volk bedeutsam. Sie halten sich als Nation und Idee für vorbildlich. . . Außerordentlich viele Schweizer fühlen sich als Führer Europas; es tun das eigentlich alle, die vom Ausland her ins Auge fallen. Dies gilt zumal von den meisten schweizerischen Presseleuten.“ Diese Meinung, die die Schweizer von sich besitzen, habe aber heute kaum mehr ihre Berechtigung. „Das Pochen der Schweizer auf Freiheit in einer Welt, in der diese Gemeingut geworden, gehört vom Standpunkt der andern ins Kapitel der kapitolinischen Gänse. . . Der Fortschrittsbegriff war so lange sinngemäß, als er als Sinnbild aufsteigenden Lebens gelten konnte. . . Im Westen ist er's nicht mehr, weil er keinem lebendigen Wachstum mehr zum Sinnbild dient.“ Dessen seien sich die Schweizer nun selbst irgendwie bewußt, „sie fühlen, daß sie in der modernen Welt keine irgendwie bedeutsame Rolle spielen noch spielen können. Sie fühlen, aber können nicht verstehen“. Die Folge davon sei eine innere Unsicherheit, die sich hinter einem um so selbstbewußteren und selbstgerechteren äußeren Gebaren zu verdecken suche. „Die Schweiz fühlt sich bei allem Glauben an ihre Vorbildlichkeit doch wesentlich unsicher. Dies ergibt denn die weltberühmte Schweizer Selbstgerechtigkeit. . . Es gibt heute keinen schlimmeren Pharisäer auf Erden als den begüterten, gebildeten und zumal den schreibenden Schweizer. . . Man lese nur, wie die Schweizer Zeitungen allen Völkern von selbstverständlich eingenommener höherer Tribüne aus Lektionen erteilen.“ Dabei sei es mit den Voraussetzungen für ein solches Schiedsrichteramt alles eher als gut bestellt. „Es ist jammerschade, daß die schweizerische öffentliche Meinung gerade in dieser Zeit wie nie vorher unterdrückter Minoritäten im allgemeinen auf der Seite der Großen und Mächtigen steht. . . Die Neutralitätsstellung der Schweiz ist der Höchstaussdruck des vollkommenen Überwiegens des Billigkeits- über den Gerechtigkeitsgedanken. Die Billigkeitsforderung bedeutet nämlich in allem die Negation des Gerechtigkeitssinnes.“ Was bleibe also der Schweiz noch zu tun übrig? „In den Augen der gesamten übrigen Welt existieren die Schweizer ausschließlich als Wirtsland und Wirtsvolk im weitesten Verstand, so wie die Juden als Händler.“ Daher müsse „der ursprünglich nationale Typus des Schweizers immer mehr dem rein funktionellen weichen. . . Fremdenindustrie im weitesten Verstand ist da der gottgewollte Beruf der Schweizer; was sie sonst noch treiben, ist im großen bedeutungslos.“

Diese Sätze sind sicherlich nicht geschrieben, um uns zu schmeicheln. Um so mehr haben wir Anlaß, sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu untersuchen. Und da stehen wir gleich vor der ersten Frage: sind wir vielleicht nicht in der Tat auf dem besten Wege, die Meinung des Auslandes, das in uns angeblich oder wirklich vorwiegend nur ein Wirtsland und Wirtsvolk sieht, selbst zu bewahrheiten?

Um nur ein Beispiel aus allerjüngster Zeit anzuführen: Ist es nicht in weiten Kreisen des Schweizervolkes selbst als unwürdig empfunden worden, daß der schweizerische Bundespräsident einer doch viel mehr der schweizerischen Fremdenindustrie als etwa der schweizerischen Volkserziehung dienenden Veranstaltung wie der St. Moritzer Olympiade offiziell beiwohnen mußte? Gewiß ist die Fremden-„Industrie“ ein unumgänglicher Broterwerb für einen Teil unseres Volkes. Hüten wir uns aber, die Äußerungen unseres nationalen Lebens und unsere geistige Haltung allzu sehr nach den Rücksichten auf diesen Erwerbszweig zu richten, sonst könnte eines Tages der beißende Sarkasmus eines Kenyerling noch recht behalten.

Und wie steht es mit dem „Überwiegen des Billigkeits- über den Gerechtigkeitsgedanken“? Daran ist nicht, wie Kenyerling es darstellt, unsere politische Neutralität schuld. Wenn der schweizerische Staat in den Auseinandersetzungen der europäischen Großmächte keine Stellung bezieht, so ist das ganz einfach um seiner Selbsterhaltung willen; die Aufgabe des Staates ist es nicht und kann es nicht sein, im zwischenstaatlichen Leben Recht zu sprechen und Recht zu vollziehen. Anders der einzelne Bürger und die öffentliche Meinung und ihre Organe. Hier darf „Neutralität“ nicht zu einer Erweichung jeglichen Rechtsempfindens führen. Wir haben es in den letzten Jahren zur Genüge erlebt und erleben es jeden Tag neu, daß schweizerische Blätter bei Anständen unseres Landes mit einem fremden Staate vor lauter „Billigkeit“ den ausländischen Standpunkt kommentarlos neben unsern eigenen stellen oder gar noch entschuldigen, auch wenn der Sachverhalt ganz eindeutig ist, d. h. das Recht unbezweifelbar auf unserer Seite liegt. Diese Art „Neutralität“ ist, wenn sie sich bei Angelegenheiten des eigenen Landes zeigt, nur aus einem vollständigen Mangel an Willen zum eigenen Staate erklärlich. Sie ist aber nicht besser und in den Rückwirkungen auf unser staatliches Dasein nicht weniger verhängnisvoll, wenn sie sich als Verhalten bei ausländischen Gegensätzlichkeiten äußert. Wer von vorneherein geneigt ist, bei zwischenstaatlichen Streitfällen grundsätzlich beiden Parteien Recht zu geben, bezw. gleichviel Schuld zuzumessen, also darauf verzichtet, sich auf Grund des Sachverhalts ein eigenes Urteil über die Verteilung von Recht und Unrecht zu bilden, verliert nicht nur die Fähigkeit zur Vermittler- und Schiedsrichterrolle, die ihm seine zwischenstaatliche Stellung vielleicht zuweist: dadurch, daß er nicht für denjenigen, dem Unrecht geschieht, eintritt, setzt er den Unrechthuenden in Vorteil; und da das andererseits sein Gewissen unbefriedigt läßt, rechtfertigt er sich vor diesem nach einem bekannten psychologischen Gesetz *) damit, daß er dem Unrechterleidenden mehr und mehr auch Schuld zuschiebt, mit dem schließlichen Erfolg, daß er zum eigentlichen Anwalt des Unrechthuenden, mit andern Worten zum Anwalt des Starken gegenüber dem Schwachen wird. Verbindet sich dieser psychologische Vorgang gar noch mit einem sehr ausgesprochenen Geschäfts- und Erwerbswillen, dem das Zusammengehen mit dem jeweils Mächtigsten sowieso als das geschäftlich Zweckmäßigste erscheint, so kann das zur Erhebung der Gesinnungslosigkeit als öffentlichem Vorbild und damit zur Verkümmern jeglichen öffentlichen Gewissens und rechtlichen Empfindens überhaupt führen. Was das aber für einen Staat, der wie die Schweiz seine geistig-sittliche Rechtfertigung z. T. gerade aus seinem Vorkämpfertum für den Schwachen gegenüber dem Starken und für das Recht gegenüber der rohen Gewalt erblickt, bedeuten würde, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Wollen wir feststellen, ob an dem Vorwurf der Selbstgerechtigkeit und Pharisäerhaftigkeit, zumal des „schreibenden Schweizers“, etwas Wahres ist, so werfen wir am besten einen Blick auf manche schweizerische Blätter und ihre Haltung in der inneren Politik. Und da fehlt es in der Tat nicht an solchen, deren Ton um so hochfahrender und selbstgerechter wird, je mehr Niederlagen

*) Das vor einigen Jahren im Verlag Beck in München erschienene Buch von Kurt Baschwitz „Der Massenwahn, Seine Wirkung und seine Beherrschung“ gibt darüber und besonders über die Einstellung der neutralen Kleinstaaten im Weltkrieg, viel anregende Aufschlüsse.

das politische Lager des betreffenden Blattes erleidet und je weniger dieses selbst noch politische Bedeutung und politischen Einfluß besitzt. So bewährt sich eben auch hier das psychologische Gesetz, daß Selbstbewußtheit und Selbstgerechtigkeit meist im umgekehrten Verhältnis zum wirklichen Können und Leisten stehen und Hochmut immer vor dem Fall kommt. Ähnlich verhält es sich aber auch mit der Überheblichkeit, in der manche unserer Landsleute über ausländische Vorgänge schreiben und urteilen. Auch diese steht sehr oft im umgekehrten Verhältnis zum wirklichen Wissen der Betreffenden um ausländische Dinge und vor allem zu der Fähigkeit, dieselben nach ihrer Tragweite und Bedeutung für unser eigenes staatliches Dasein zu beurteilen.

Aber nicht nur mittelbar durch solches Verhalten, sondern auch ganz unmittelbar helfen wir dazu mit, im ausländischen Beobachter den Eindruck zu erwecken, als ob wir selbst an unserm Daseinswert und an der Daseinsberechtigung unseres Staatswesens zu zweifeln begännen. Wenn wir aus einseitiger Parteiideologie heraus die Verwirklichung des Parteizieles mit dem Sinn unserer staatlichen Existenz überhaupt gleichsetzen, dann ist natürlich mit dessen Erfüllung zugleich auch unser staatlicher Daseinszweck erfüllt. Bestand der staatliche Zweck der Schweiz in den vergangenen hundert Jahren lediglich in der Verwirklichung des liberalen Fortschritts- und Freiheitsgedankens, dann ist es mit dem staatlichen Zweck der Schweiz zu Ende, sobald dieser verwirklicht ist. „In dem Maße, als die demokratischen und republikanischen Prinzipien sich im Leben aller Völker durchsetzen, hören sie auf, im Stande zu sein, der Schweiz eine besondere politische Individualität zu geben.“ Diese Worte hat nicht Kehrlerling, sondern der Bundesrat in seiner Botschaft über den Beitritt zum Völkerbund geschrieben. Wenn dem aber so wäre, dann würde es auch keine Rettung der Schweiz bedeuten, wenn man ihre Daseinsberechtigung auf eine außerhalb ihrer selbst liegende, „höhere, internationale Aufgabe“ gründen wollte. Ein Staat hat seinen Zweck in sich selbst. Oder er hat keinen. Darum ist dieses sich zur „europäischen Führerschaft“ für berufen halten, dieses sich „als Nation und Idee für vorbildlich“ empfinden, das Kehrlerling bei allen unsern Landsleuten beobachten will, „die vom Ausland her ins Auge fallen“, nichts anderes als ein letzter Strohalm, an den sich diejenigen klammern, die an keinen wirklichen Zweck, an keine wirkliche Berufung unseres Staates mehr glauben. Denn in dem Sinne, wie die Betreffenden es meinen, spielt die heutige Schweiz weder eine führende Rolle in Europa, noch nimmt jemand sie und ihre Idee wirklich zum Vorbild. Im Gegenteil. Vielleicht war die Schweiz noch kaum jemals im Laufe ihrer Geschichte den europäischen Mächten so gleichgültig wie heute. Wir sind in dem Europa von Versailles, im Europa des Völkerbundes belanglos. Daran ändert auch die „Ehre“ des Völkerbundsreiches nichts wesentliches. Dieser hat längst für unser Land kaum einen andern Wert als den, die lokalgenferische Fremdenindustrie zu fördern. Wer's nicht glaubt, lese die Kommentare unserer Blätter oder frage die Genfer selbst.

Also hat Kehrlerling schließlich recht, wenn er uns als letzten, als „gottgewollten“ Beruf nur noch die Fremdenindustrie zuweist? Nein, und abermals Nein! Kehrlerlings Urteil und seine Voraussage für die Schweiz ist zu sehr auf Grund des äußeren Scheines gebildet, auf Grund derjenigen Personen und Erscheinungen, „die vom Ausland her ins Auge fallen“. Das ist nicht zufällig! Denn um unser Volk und Staatswesen von innen heraus, und damit nach seinen wirklichen geistigen Möglichkeiten erkennen und beurteilen zu können, fehlen dem Balten Kehrlerling die Voraussetzungen. Gerade das, was unser eigentliches Wesen, unseren geistigen Gehalt ausmacht: die Volksverbundenheit, ist Kehrlerling ein unbekannter Begriff. Angehöriger einer dünnen Oberschicht über fremdem Volkstum, wurzelt er nirgends im geistigen Nährboden einer nationalen Volksgemeinschaft. Darum sein humanistisch-aufklärerischer Individualismus und Persönlichkeitskult, darum sein Fehlurteil in allem, was Demokratie betrifft. „Die Schweiz ist unter allen Umständen die Karrikatur des Deutschland, das zwangsläufig entstehen wird, falls die jetzt herrschende demokratische Ordnung und die Bevormundung seitens der anderen Mächte andauert.“ Die Schweiz war auch

schon andere Male im Laufe der Geschichte eine solche „Karrikatur“ Deutschlands. Ihre „demokratischen“ Einrichtungen waren schon vor vier- und fünfhundert Jahren deutscher Städte- und Bauernfreiheit Vorbild und Anreiz und sollten deswegen auch in der Reichsregeneration des Schwabenkrieges vernichtet werden. Einige Jahrhunderte später gingen dann wieder entscheidende Anregungen von dieser demokratischen „Karrikatur“ Deutschlands aus, als dieses selbst, allerdings nicht infolge einer „herrschenden demokratischen Ordnung“, sondern umgekehrt infolge einer jahrhundertelangen fürstlichen Mißordnung, unter der geistigen und politischen Bevormundung anderer Mächte stand. Schiller hat denn auch in seinem „Tell“ nicht zum Befreiungskampf gegen die „demokratische Ordnung“, er hat vielmehr sein Volk, arm und reich, hoch und niedrig, am Beispiel der schweizerischen Demokratie zur Einigkeit, zur inneren Einswerdung als der Voraussetzung einer Wiedererlangung der äußeren Freiheit aufgerufen. Demokratie und Demokratie sind allerdings zweierlei. Man könnte oft meinen, es gäbe im heutigen Deutschland nur zwei Richtungen: die eine in die Vorstellungswelt des östlichen Kulturpioniers, der als Herr über einem Volk niedrigerer Kulturstufe gestanden hatte, und die andere nach dem Westen in die weltbürgerliche Demokratie mit ihrem Ideal der schrankenlosen Selbstsucht des Einzelnen. In Rehslerling schillert von allem etwas. Nur die eine Blickrichtung fehlt, die auf die Mitte, auf das eigene Selbst. In diesem Europa des Individualismus und Persönlichkeitskults, in dem „Sozialismus, Demokratie und Prosperität“ als „minderwertige Funktionen“ verfehmt wären, hätte allerdings die Schweiz, wo Demokratie nationale Volksverbundenheit bedeutet, ihre Rolle endgültig ausgespielt, der „ursprünglich nationale Schweizer“ müßte ein für alle Mal dem „rein funktionellen weichen“, m. a. W. die Schweiz wäre nur noch der Gast- und Werkhof dieses Europa. Ein solches Europa würde aber auch in kürzester Zeit Ausbeutungsgegenstand und Kolonialland anderer, lebenskräftigerer Erdteile. Mit der Pflege edler Geistigkeit allein ist es eben nicht getan. Unser überbevölkerter Erdteil braucht „Prosperität“, und wenn wir der Fragen nicht Herr werden, die sich uns heute in den Worten Demokratie und Sozialismus stellen, dann wird auch keine „Schule der Weisheit“ Europas Ausschneiden als bestimmender Macht aus der Weltgeschichte aufhalten. Um dieser Fragen Herr werden zu können, braucht allerdings Europa Freiheit nach außen. Und ein freies Europa gibt es nicht, solange seine Mitte nicht frei ist. Und deren Freiheit ist wiederum an die Zugehörigkeit Rußlands zu Europa gebunden. Rußland kann weder aus der politischen noch geistigen Geschichte Europas gestrichen werden, nach seiner kommunistischen Revolution weniger als je. Wenn wir an unserer Stelle, innerhalb des uns gezogenen Rahmens, an diesen Fragen und Aufgaben mitarbeiten und unsern Teil zu ihrer Lösung beitragen, werden wir in einem späteren Spektrum Europas vielleicht doch noch mit einer wesentlich anderen Rolle erscheinen, als sie uns heute der Weisheitslehrer von Darmstadt zuerteilen möchte.

Zürich, den 28. Februar 1928.

Hans Dehler.

Zur politischen Lage.

Vor einem neuen Vorstoß für die Rheinlandräumung. — Wie stehen die Aussichten? — Der Einfluß der bevorstehenden Wahlen. — Elsässische Entwicklung.

Vor ein paar Wochen hat Stresemann zur allgemeinen Überraschung plötzlich wieder mit aller Schärfe darauf hingewiesen, daß man in Deutschland mit Ungeduld auf eine endgültige Vereinigung der Verhältnisse am Rhein wartet. Zur allgemeinen Überraschung, da ein unmittelbarer Anlaß nicht vorhanden war und man sich im außerdeutschen Europa nicht immer darüber Rechenschaft gibt, wie drückend die Lage am Rhein fortwährend auf Deutschland lastet.

Und doch zeigen immer neue Meldungen, wie sich die militärische Besetzung der Rheinlande acht Jahre nach Friedensschluß, zehn Jahre nach der Beendigung

der offenen Feindseligkeiten auswirkt. Erst dieser Tage berichtete eine Havas-meldung aus Birmasens, daß es dort zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungsbehörden gekommen ist. Diese letzteren wollten jede Kundgebung am Jahrestag des großen Kampfes mit den Separatisten vor nun vier Jahren verunmöglichen. Das ist vom Standpunkte der Franzosen aus begreiflich, da ihnen diese mißglückten Anschläge auf deutsches Gebiet peinlich sein müssen und ganz besonders das Andenken an Birmasens. Von den dortigen Ereignissen an ging es ja mit dem rheinischen Separatismus zu einem raschen Ende. Daran läßt man sich heute noch bei den Franzosen nicht gern erinnern. Ebenso begreiflich aber ist es, daß die Bevölkerung jener bewegten und entscheidenden Tage gerne gedenkt. Bei der heutigen Lage im Rheinland hat die Besatzungsbehörde jederzeit die Möglichkeit, jede Äußerung der Bevölkerung, die ihr nicht gefällt, zu unterdrücken. So hat man es diesmal in Birmasens gemacht. So geschieht es in zahllosen Fällen im ganzen besetzten Gebiet. Die Leute müssen sich vorschreiben lassen, was sie sagen dürfen. Jedes öffentliche Auftreten steht unter Kontrolle. Daß das aufreizend wirken muß, ist klar. Dazu kommen noch die schweren materiellen Nachteile, die die Besetzung im Gefolge hat: Die Steigerung der Wohnungsnot, die Beschlagnahme von Gebäuden für die Truppen, die Wegnahme von Land für die Übungsplätze u. s. w. So liegt die Besetzung wie eine Last auf dem Lande.

Aus einer solchen Lage heraus kann es jederzeit zu Zusammenstößen kommen. Es braucht dazu gar keine Absicht, keinen schlechten Willen. In den Beziehungen zwischen Militär und Zivil, hier zwischen einer fremden Armee und einer sehr zahlreichen Bevölkerung, kommt es immer von Zeit zu Zeit zu Reibereien. Im Rheinland kommt dazu, daß der alte Geist aus den Jahren 1918—24 immer wieder sich bei den französischen Besatzungstruppen regt. Dieser Geist des Siegers, der kein Recht der Unterlegenen anerkennt, und die alte Sucht nach dem völligen Gewinn des linken Rheinufers lebt noch in so manchem Kopfe von Offizieren und Beamten. Seine Äußerungen sind nicht zu verkennen, sobald man in Paris wieder einigen Rückhalt zu haben glaubt. So erlebt man immer wieder Rückfälle in die alten Methoden.

Nie ist man dergestalt im Rheinland sicher, daß nicht aus Zufall oder Absicht sich wieder schwere Zwischenfälle ereignen. Ein solcher Zustand bedeutet eine fortwährende Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses, eine fortwährende Bedrohung des europäischen Friedens, eine fast unerträgliche Geduldsprobe für das deutsche Volk. Aus diesen Verhältnissen heraus ist der neue Vorstoß Stresemanns zu verstehen. Er ist die Ankündigung dafür, daß man in Berlin sich mit den bisherigen Abschlagszahlungen im Rheinland nicht zufrieden gibt. Man ist dort entschlossen, die ganze Frage nächstens wieder aufzurollen. Vielleicht erleben wir den ersten Schritt dazu schon in der Völkerbundsratssitzung im März. Lange wird er auf keinen Fall ausbleiben. Keine deutsche Regierung kann auf ein Vorgehen in dieser Frage verzichten, auch eine kommende Linksregierung nicht. Und Stresemann ist jedenfalls entschlossen, diese Frucht seiner ganzen Politik sich nicht entgehen zu lassen, sondern sie in nächster Zeit einzuheimen.

* * *

Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es sozusagen im „öffentlichen Interesse“ liegt, daß im Rheinland endlich einmal eine klare, dem Friedenszustand entsprechende Lage geschaffen wird. Diese kann nur darin bestehen, daß die Räumung des noch besetzten Gebietes schleunigst durchgeführt wird. Man hat sich bisher, wie überall in der europäischen Politik der letzten Jahre, mit schäbigen Kompromissen begnügt. Die Besatzungsmächte haben jeweils am Schlusse langwieriger Verhandlungen die Zahl ihrer Truppen um ein paar Tausend Mann vermindert. Diese Verminderung geschah aber auch nur sehr zögernd und sehr wenig weitgehend. Das Ergebnis der langen und schwierigen Verhandlungen stand so in keinem Verhältnis zu der aufgewendeten Mühe. Wenn man in diesem Sinne fortfährt, wird man ständig die Unruhe am Rhein wachhalten. Nur die gänzliche Räumung kann eben Beruhigung bringen.

Wie stehen aber die Aussichten dafür? Die Antwort ist nicht leicht. Es ist ja keine Rechtsfrage, die entschieden werden muß, sondern eine politische Frage. Die drei Besetzungsmächte haben ohne Zweifel das Recht, ihre Truppen noch bis zum Ablauf der zwei ausstehenden Fristen im Rheinlande zu belassen. Es kann sich hier lediglich fragen, welche Versprechungen Briand seinerzeit in Locarno an Stresemann gemacht hat, um seine Zustimmung zu den Locarno-Verträgen zu erhalten? Solche Versprechungen werden vorhanden sein. Sie stellen jedoch keine feste Bindung der französischen Regierung dar, sonst müßte man längst mehr von ihnen. Auch sie lassen die Frage rechtlich in der Schwebe. Die französische Position ist also rechtlich wohl zu verteidigen.

Unter diesen Umständen bleibt lediglich die Erwägung für die Entscheidung übrig, ob die Rheinlandräumung von den beteiligten Parteien als politisch zweckmäßig angesehen wird. England hätte offenbar gegen die Räumung nichts einzuwenden, im Gegenteil. Es wird jedenfalls von diesem Schritt eine Festigung des Friedens auf dem Festlande erwarten und das kann ihm nur erwünscht sein. Allerdings hat es ja kein Interesse an einer deutsch-französischen Freundschaft. Es hat nur ein Interesse daran, daß einigermaßen Ruhe herrscht. So wird es sich die Rheinlandräumung auch nichts mehr kosten lassen. Im besten Fall wird es keinen besondern Gegendienst von Deutschland verlangen. Aber: Nichts Gewisses weiß man nicht!

Von Belgien ist keine Störung zu erwarten, wenn sie nicht aus Paris bestellt ist. Denn den Pariser Weisungen folgt man in Brüssel ziemlich blindlings. Es bleibt also Frankreich. Die Rheinlandräumung ist sozusagen eine französische Frage. In Paris muß es sich entscheiden, ob etwas aus ihr wird oder nicht. Herr Stresemann wird sich also wieder mit Herrn Briand an den Verhandlungstisch setzen müssen. Er wird dabei keinen leichten Stand haben. Wohl ist die Besetzung der Rheinlande für Frankreich nichts mehr wert, ja sogar schädlich, wenn man die Locarnopolitik aufrichtig durchführen und fortsetzen will. Aber eben hier liegt der Haken. Solange französische Truppen im Rheinland stehen, solange kann man auch bei Bedarf wieder auf die Politik vor Locarno zurückgreifen. Man kann es wieder mit der Gewalt versuchen. Und auf diese Möglichkeit will man nicht verzichten. Weite Kreise sehen ja die ganze heutige Politik nur mit großem Mißtrauen an und halten von ihr nichts. Weite Kreise haben auch den Gedanken an eine französische Herrschaft auf dem linken Rheinufer durchaus nicht vergessen. Sie alle wollen folgerichtig von der Räumung nichts wissen. Und es handelt sich hier um einflußreiche Kreise, denen Poincaré selbst auf keinen Fall fern steht, wenn er sie auch jetzt nicht offen unterstützt.

Ein anderer Teil der französischen öffentlichen Meinung lehnt zwar die Rheinlandräumung nicht unbedingt ab, macht sie aber von gewichtigen Gegendiensten abhängig. Zu dieser Auffassung bekennt sich auch Briand. Sie ist heute in Frankreich, vorgeschoben oder ehrlich gemeint, die gültige. Der belgische Außenminister ist ihr in seiner letzten großen Rede ebenfalls beigetreten. Auf diesem Boden werden sich die Verhandlungen also wohl abzuspielen haben. Sie werden aber dadurch nicht aussichtsreicher. Denn in Berlin hat man erklärt, daß man gar nicht daran denke, eine Sache, die in absehbarer Zeit unbedingt und von selbst kommen müsse, noch teuer zu erkaufen. Man stellt sich dort — mit Recht natürlich — auf den Standpunkt, daß eine Locarnopolitik ohne Rheinlandräumung auf die Dauer undenkbar sei. Also ist nach deutscher Auffassung die Zahlung für die Räumung in Locarno schon geleistet worden und wird fortwährend noch geleistet. Nur schade, daß davon die Franzosen recht wenig werden wissen wollen.

Zweifellos ist man nun auch auf deutscher Seite geneigt, den Franzosen irgendwie entgegenzukommen. Das kann natürlich durch eine in Paris zu sagende Regelung der deutschen Verpflichtungen geschehen. Aber auch hier läßt sich wohl ohne deutsche Opfer nichts erzielen, das in Frankreich befriedigen könnte. So scheinen die beiden Standpunkte heute noch völlig unvereinbar zu

sein. Man kann deshalb gespannt darauf sein, wie man von Deutschland aus vorgehen wird und was man vorschlagen kann.

* * *

Auf den Verlauf der kommenden deutsch-französischen Auseinandersetzung wird der Ausgang der in beiden Ländern unmittelbar bevorstehenden Wahlen einigen Einfluß haben. Allerdings darf man nicht allzu viel davon erwarten. In der Hauptsache wird die politische Haltung der beiden Staaten dieselbe bleiben. Aber die Bereitwilligkeit, die Verhandlungen zu betreiben oder darauf einzugehen, wird doch vom Wahlausgang mitabhängen.

Das gilt vor allem von Frankreich. Hier fragt es sich bei den kommenden Kammerwahlen vor allem, ob die Linke oder die Rechte obenaus schwingen wird. Das Wahlbündnis der Sozialisten und der Radikalen hat die letzte Kammer geschaffen, die die Locarnopolitik ermöglichte. Die beiden Parteien haben aber nicht allzu gut abgeschnitten, seitdem sie die Macht in den Händen hatten. Sie wußten mit ihr nichts anzufangen. Und so ist ihr Bündnis in die Brüche gegangen. Die Radikalen haben sich zur Bildung einer gemeinsamen Regierung mit den rechtsstehenden bürgerlichen Gruppen veranlaßt gesehen, die noch dazu unter der Führung eines Nationalisten reinsten Wassers stand und steht, Poincarés. Kurz gesagt, beide französischen Linksparteien haben sich in der letzten Zeit so manche Dinge geleistet, die mit ihren Parteiprogrammen in offenbarem Widerspruch stehen.

Die Folgen sind nicht ausgeblieben. Die vereinzelt Wahlen der letzten Jahre haben gezeigt, daß sowohl Radikale wie Sozialisten stark Stimmen verloren haben. Die Radikalen haben an die weiter rechts stehenden mannigfach abgetönten bürgerlichen Gruppen viel abgeben müssen. Der alte Nationalblock hat besonders im Norden und Osten des Landes seine Verluste teilweise wieder eingebracht. Die Sozialisten ihrerseits haben vielleicht noch stärker Haare lassen müssen. Hier sind die glücklichen Erben die Kommunisten. Es läßt sich gar nicht verkennen, daß die Arbeitermassen vor allem im Norden zu ihnen übergehen. Das haben unter anderm die jüngsten Wahlen für die Vertretung der Eisenbahner gezeigt. Das untere Personal hat da den Kommunisten zu einem geradezu glänzenden Siege verholfen; ihre Stimmenzahl hat gegenüber den bürgerlichen und sozialistischen Gruppen die absolute Mehrheit weit überschritten. Allerdings ist es durchaus nicht sicher, ob dieser Zuwachs der Kommunisten auch bei dem neuen Wahlrecht, mit seinen Einkreisen, ausreichen wird, um ihnen einen wirklichen Gewinn zu verschaffen. Insgesamt aber wird es darauf ankommen, ob die Verluste der Linken so bedeutend sein werden, um ihre Mehrheit zu stürzen, oder ob das von ihnen ausgelesene Wahlrecht und die Wahlkreisgeometrie ihnen wieder zu einem „Sieg“ verhelfen wird. In zwei Monaten wird man das wissen.

Gewinnt die Rechte stark, so ist mit dem Zustandekommen einer Regierung in Frankreich zu rechnen, die der Locarnopolitik nicht allzu günstig sein wird. Auf jeden Fall aber wird sie von der Rheinlandräumung nichts wissen wollen. Sie wird das offen erklären oder wahrscheinlicher sich hinter guten Ausflüchten verschanzen. Ein auf starke Teile der Linksparteien angewiesenes Kabinett wird dagegen eher die bisherige Linie fortführen. So hängt also von den französischen Kammerwahlen ziemlich viel ab für die Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Weit weniger werden die Reichstagswahlen in Deutschland zu bedeuten haben. Der Ausgang ist da viel weniger unsicher. Der Gewinn der Sozialisten und der starke Verlust der Deutschnationalen steht bereits jetzt fest. Die Mittelparteien werden wohl ihre Stellungen wahren. Fraglich kann bloß noch sein, wie groß Gewinn und Verlust und wie das Schicksal der kleinen Gruppen sein wird. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Verschiebungen im Reichstag so erheblich sein werden, daß die ganze Grundlage der bisherigen Politik geändert würde. Es wird auch in Zukunft eine Koalition nötig sein, um die Regierung bilden zu können. Dabei steht es schon heute fest, daß das Außenministerium bei Herrn Stresemann bleiben wird. Der Kurs in der Außenpolitik wird also der-

selbe bleiben. Es kann sich nur um Gradunterschiede handeln. Damit steht fest, daß das Hauptinteresse bei den kommenden Parlamentswahlen in Frankreich liegen wird. Ist hier einmal die Entscheidung gefallen, so werden wohl die Verhandlungen über die Rheinlandfrage energisch einsetzen.

* * *

Durch die Rede Poincarés ist nun auch Elsaß-Lothringen wieder in aller Öffentlichkeit mit dem deutsch-französischen Verhältnis verbunden worden. Tatsächlich werden natürlich die dortigen Verhältnisse immer auf die Beziehungen zwischen den beiden Völkern zurückwirken; es hätte da gar keine ministerpräsidentliche Bestätigung gebraucht. Fährt Frankreich in seiner Gewaltpolitik fort, so kann das auf die Dauer nicht ohne Folgen jenseits des Rheines bleiben, Folgen vor allem in der Stimmung der breiten Kreise der Bevölkerung. Auch hier werden die Wahlen einige Abklärung bringen.

Die Lage ist freilich bereits viel übersichtlicher geworden als beim Abschluß meiner Rundschau für das Januarheft. Nun sitzen die verhafteten Autonomisten bereits 2—3 Monate im Gefängnis. Von den großen Entdeckungen der Polizei ist es aber ganz still geworden. Die massenhaften Hausdurchsuchungen haben noch kein Ergebnis gehabt, das man hätte bekanntgeben können. Die von der nationalistischen elsässischen Presse im Verein mit den Pariser Boulevardblättern gebrachten Enthüllungen aber haben sich sämtlich als Schwindel erwiesen. Das Ganze erweist sich immer mehr als eine reine Terroraktion, in erster Linie wegen der zukünftigen Wahlen. Vor ihnen muß man in Paris einen heillosen Respekt haben. Diese Aktion ist übrigens noch nicht zu Ende. Neue Verhaftungen folgen immer noch. Andere Maßnahmen werden wohl auch noch kommen.

Inzwischen hat sich aber bereits gezeigt, daß die Wirkung doch nicht durchschlagend war. Es wird doch zu autonomistischen Kandidaturen kommen, wenn auch die Hauptführer unschädlich gemacht sind. Freilich eine Rundgebung des Willens und der Meinung der Bevölkerung wird nicht mehr zu Stande kommen. Dafür ist der Druck zu stark. Aber die Wahlen werden in den kommunistischen Stimmen und denen der Heimatrechtler auf der katholischen Liste doch einen wertvollen Fingerzeig geben. Nach der großen Rede Poincarés wird man auch überall im Ausland dessen Bedeutung zu würdigen wissen.

U r a u , den 26. Februar 1928.

H e k t o r A m m a n n .

Kultur- und Zeitfragen

Gute Runde aus Biel.

Der erste Jahrgang (1927) des „Bieler Jahrbuchs, Annales de Bienne“, vom dortigen Bibliothekverein herausgegeben, enthielt unter andern bemerkenswerten Arbeiten eine von Dr. H. Baumgartner über „Das Verhältnis des deutschsprechenden Bieler zu seiner Mundart, zur Schriftsprache und zum Französisch“ und eine von Adolf Küenzi: Pour la langue française. Beide schilderten den sprachlichen Zustand Biels, der ein Notstand ist und nach Abhilfe schreit: schlechtes Deutsch, abscheuliches Französisch, Mischmasch, Unkultur. Der zweite Jahrgang (1928)*) beschreitet weiter diesen Weg; diesmal sind es die Berner Hochschullehrer D. v. Greyerz und Gonzaga v. Reynold, die ihre Aufsätze, der eine „Sprachkultur, Gedanken über die Sprachpflichten des Deutschschweizers in zweisprachigem Gebiet“, der andere Sur le bilinguisme über-

*) Bieler Jahrbuch 1928; Selbstverlag des Bibliothekvereins Biel, Tschäeris 28; 188 S. und zahlreiche Abbildungen; Fr. 7.—.